

An den Präsidenten
der Wirtschaftskammer Burgenland
Honorarkonsul Ing. Peter Nemeth
Robert-Graf-Platz 1
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 28. Oktober 2022

**ANTRAG an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Burgenland am 22. November 2022**

**Schaffung von Anreizen für längere Erwerbstätigkeit durch Senkung von
Lohnnebenkosten**

Die Verkehrswirtschaft leidet an akutem Personalmangel, insbesondere Lenkerinnen und Lenker werden händeringend gesucht. Die derzeitige Situation am österreichischen Arbeitsmarkt zeichnet sich vor allem durch eine besonders niedrige Arbeitslosenquote, einen Höchststand an Personen in Beschäftigung sowie einem Rekord an offenen Stellen aus. Erstmals seit September 2012 gibt es österreichweit weniger als 300.000 arbeitslos gemeldete Personen. Im September 2022 waren 115.000 Personen im Burgenland in einem Beschäftigungsverhältnis, das sind um 3.000 Personen mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote lag im Juli im Burgenland bei 5,2%, also um 0,7% niedriger als im September 2021. Gleichzeitig sind 2.025 offene Stellen beim AMS Burgenland gemeldet.

Auch die demographische Entwicklung wird diese Situation in den nächsten Jahren noch verschärfen, da die „Babyboomer-Generation“ in den nächsten Jahren die Pension antreten wird und immer weniger junge Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen.

Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung bzw. Entschärfung dieser Situation wäre der Ausbau von Anreizen für längere Erwerbstätigkeit durch die Abschaffung des Pensionsversicherungsbeitrages bei Anspruch auf eine Alterspension und weiterer Erwerbstätigkeit ab dem Regelpensionsalter. Das würde für den Dienstnehmer, die Dienstnehmerin eine Einkommenssteigerung bedeuten, da sich der Nettolohn erhöht.

Auch der Wegfall der Arbeitgeberbeiträge für Pensionsversicherung würde für die ArbeitgeberInnen eine wesentliche Senkung der Lohnnebenkosten mit sich bringen.

Es wird daher folgender Antrag gestellt:

Das Wirtschaftsparlament möge beschließen, dass die Wirtschaftskammer Burgenland an die Wirtschaftskammer Österreich herantritt, um zu erwirken, dass das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz dahingehend geändert wird, dass der Pensionsversicherungsbeitrag bei Anspruch auf eine Alterspension und weiterer Erwerbstätigkeit ab dem Regelpensionsalter abgeschafft wird.



Tanja Stöckl, BSc
Delegierte zum Wirtschaftsparlament

Wirtschaftskammer Bgld.

28. Okt. 2022